

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16210
Donnerstag, 20. Jänner 2022

Köstinger: Ökosoziale Steuerreform entlastet Landwirtschaft und Tourismus	1
Moosbrugger: Ökosoziale Steuerreform ist Offensivschritt der Landwirtschaft	1
Heimische Inflation im Jahr 2021 auf 2,8% gestiegen	3
EU-Parlament: Keine Mehrheit für Begrenzung der Tiertransporte auf acht Stunden	4
Green-Deal-Folgenabschätzung von Wageningen University veröffentlicht	5
Österreichs Landwirte über Green Deal noch wenig informiert	6
Bundesforste beziffern Klimawandelkosten 2021 mit rund 31,5 Mio. Euro	7
Steiermark reagiert auf Herausforderungen und Chancen im Agrarjahr 2022	8
Russland: Prognose für Weizenexporte 2021/22 angehoben	10

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Köstinger: Ökosoziale Steuerreform entlastet Landwirtschaft und Tourismus

Nationalrat beschließt 18 Mrd. Euro Entlastungspaket

Wien, 20. Jänner 2022 (aiz.info). - "Mit dem heutigen Beschluss des Nationalrates geht die Ökosoziale Steuerreform - ein Leuchtturm unserer Bundesregierung - in die Zielgerade. Mit einem Gesamtvolumen von mehr als 18 Mrd. Euro haben wir ein großes Entlastungspaket geschnürt, mit dem wir vor allem unseren Bäuerinnen und Bauern wie auch unseren Tourismusbetriebe mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in dieser schweren Zeit eine gute Perspektive geben können", betont Bundesministerin **Elisabeth Köstinger** anlässlich des heutigen "Zukunftsbeschlusses".

Das Bekenntnis zur Ökosozialen Marktwirtschaft schaffe eine gute Balance zwischen leistungsfähiger Wirtschaft und ökologischer Nachhaltigkeit. "Die aktuelle Marktsituation und die steigenden Betriebskosten stellen unsere land- und forstwirtschaftlichen Betriebe vor enorme Herausforderungen. Wir müssen daher jede Möglichkeit nutzen, um für Entlastung bei unseren Bauern zu sorgen. Die Gutschrift der Krankenversicherungsbeiträge und die weitere Absenkung des fiktiven Ausgedinges sind zwei wichtige Komponenten der Steuerreform", so die Landwirtschaftsministerin.

Die CO₂-Steuerrückvergütung sei eine weitere wichtige Entlastungsmaßnahme: "Unsere Bäuerinnen und Bauern produzieren 365 Tage im Jahr das, was wir jeden Tag essen - unsere Lebensmittel. Die Land- und Forstwirtschaft kann zurzeit auf den Einsatz fossiler Energieträger nicht verzichten, etwa bei Traktoren und Maschinen. Daher ist es nur fair, dass ihnen mit der Umsetzung der CO₂-Steuerrückvergütung die Kosten, die durch die Einführung der CO₂-Bepreisung entstehen, abgegolten werden", hält Köstinger fest. Nähere Informationen zur den Entlastungsmaßnahmen für Bäuerinnen und Bauern stehen unter www.landwirtschaft.at zur Verfügung. (Schluss)

Moosbrugger: Ökosoziale Steuerreform ist Offensivschritt der Landwirtschaft

Vorreiterrolle bei Erneuerbaren beispielgebend für andere Wirtschaftsbereiche

Wien (OTS) - Die heute vom Plenum des Nationalrates beschlossene Steuerreform beurteilt der Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ), **Josef Moosbrugger**, sehr positiv: „Die ökosoziale Steuerreform stellt sinnvolle Weichen in Richtung Zukunft. Das Gesamtvolumen in der Höhe von 18 Mrd. Euro ist beachtlich, insbesondere im internationalen und europäischen Vergleich. Im Rahmen dessen geht die heimische Land- und Forstwirtschaft gerade im erneuerbaren Energiebereich einen weiteren, wichtigen Offensivschritt. Die Schaffung energieautarker Bauernhöfe ist beispielgebend für andere Wirtschafts- und Lebensbereiche.“ Und Moosbrugger weiter: „Da die bäuerlichen Einkommen zunehmend unter Druck geraten, sind auch die anderen Maßnahmen wichtig. Der breite Mix wird jedenfalls der Balance zwischen Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit in der Land- und Forstwirtschaft entscheidend zu Gute kommen. Investitions- und Innovationsbereitschaft unserer bäuerlichen Familienbetriebe erhalten Rückenwind.“ * * * *

„Es muss generell das Ziel sämtlicher Politikbereiche sein, Ökologie und Ökonomie, also Umwelt und Wirtschaft, Hand in Hand voranzutreiben. Was auf unseren land- und forstwirtschaftlichen Familienbetrieben seit langem gelebte Praxis ist und auch im Rahmen der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) weiter verstärkt wird, sollte ebenso in anderen Bereichen gezielt forciert werden. Die ökosoziale Steuerreform kann und wird dazu einen entscheidenden Beitrag leisten“, betont Moosbrugger.

Weiterer Zukunftsschritt hin zu noch mehr Klimaschutz

„Mit dem Sonderinvestitionsprogramm ‚Energieautarke Bauernhöfe‘ in der Höhe von 25 Mio. Euro jährlich können unsere Bäuerinnen und Bauern einen weiteren Pionierschritt in Richtung Klima- und Ressourcenschutz gehen. Klimaschädliches CO₂ kann somit eingespart werden. Im Rahmen dessen sollen Photovoltaikanlagen auf Dächern und bestehender Infrastruktur installiert und Speicherkapazitäten geschaffen werden. Das ist ganz in unserem Sinne und beispielgebend für andere Wirtschafts- und Lebensbereiche! Mit diesem Programm können wir die Sonnenenergie noch besser nützen und gleichzeitig die wertvollen Agrarflächen für die Lebensmittelproduktion bewahren“, zeigt sich der LKÖ-Präsident im Hinblick auf die Versorgungssicherheit erfreut. „Mit der ‚Sauber-Heizen-Offensive‘ werden die Österreicherinnen und Österreicher zusätzlich beim Ausstieg aus der fossilen Energie unterstützt. Die heimische Land- und Forstwirtschaft als Biomasse-Lieferant wird gerne ihren Beitrag zur Umsetzung dieser Pläne leisten. Wer an das laufend anfallende Schadholz denkt, kann diese Steuerreform-Maßnahme nur gutheißen. Es ist wichtig, dass Österreich in möglichst vielen Bereichen raus aus der fossilen Sackgasse kommt und das große Potenzial der Land- und Forstwirtschaft im Bereiche der Erneuerbaren nutzt.“

Einkommensdruck und Wettbewerbsnachteile erfordern Rückvergütung

„Im Hinblick auf die immer stärker unter Druck stehenden bäuerlichen Einkommen ist es wichtig, dass unseren Betrieben die im Rahmen der neuen CO₂-Bepreisung anfallenden Kosten rückvergütet werden. Tatsache ist ja auch, dass die heimischen Bauernhöfe beim Diesel bereits jetzt eine höhere Steuerlast zu tragen haben als ihre Kollegen in anderen Ländern. Alleine deshalb ist die Rückvergütung dringend erforderlich und angebracht“, erklärt Moosbrugger.

„Die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge für kleinere und mittlere Einkommen wird für eine zusätzliche Entlastung der bäuerlichen Familien sorgen. Wichtig und positiv ist außerdem, dass auch Familienbonus und Kindermehrbetrag den Landwirtinnen und Landwirten zur Verfügung stehen werden. Darüber hinaus wird der regional gestaffelte Klimabonus für den ländlichen Raum bei den land- und forstwirtschaftlichen Familien überdurchschnittlich zur Anwendung kommen“, unterstreicht Moosbrugger. (Schluss) - APA OTS 2022-01-20/14:29

Heimische Inflation im Jahr 2021 auf 2,8% gestiegen

Preise für Verkehr hatten den größten Einfluss auf die Teuerung

Wien, 20. Jänner 2022 (aiz.info). - Mit 2,8% war die von Statistik Austria berechnete durchschnittliche Inflationsrate (Verbraucherpreisindex, VPI) im Jahr 2021 fast doppelt so hoch wie in den vergangenen beiden Jahren (2020: 1,4%, 2019: 1,5%) und lag merklich über den Werten der Jahre 2018 und 2017 (2,0% bzw. 2,1%). Im Jahresverlauf zeigten sich Teuerungsraten zwischen 0,8% und 4,3%. Beginnend mit 0,8% im Jänner stieg die Inflation im März auf 2,0%, um dann ab Mai (+2,8%) bis Dezember (+4,3%) deutlich zu steigen. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich 2021 deutlich weniger als 2020.

"Im Jahr 2021 hat sich die Inflationsrate mit 2,8% im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt und ist damit auf den höchsten Wert seit zehn Jahren gestiegen. Angeheizt wurde die Teuerung von starken Preisanstiegen bei Treibstoffen und Haushaltsenergie - ohne sie hätte die Inflationsrate 1,8% betragen. Hintergrund sind nicht zuletzt die Rohölpreise auf den Weltmärkten, die im letzten Jahr um mehr als 50% zugelegt haben", so Statistik Austria-Generaldirektor **Tobias Thomas**.

Die Preise für Verkehr stiegen 2021 durchschnittlich um 6,6%, nachdem sie im Jahr 2020 um 1,7% zurückgegangen waren. Ausschlaggebend dafür war die Preisentwicklung der Treibstoffe (+17,3%). Ein ähnliches Muster zeigt sich bei den Flugtickets (+8,3%). Reparaturen privater Verkehrsmittel verteuerten sich um 4,0%. Neue Kraftwagen kosteten um 3,2% mehr, gebrauchte um 3,7%.

Wohnung, Wasser, Energie verteuerte sich 2021 durchschnittlich um 3,6%. Hauptverantwortlich dafür waren Preisschübe bei der Haushaltsenergie (+7,7%), die sich im Jahr 2020 mit -0,2% noch als beinahe preisstabil erwiesen hatte. Dazu trug vor allem die Entwicklung der Heizölpreise bei (+21,3%). Bei Gas nahm die Preisdynamik ebenfalls stark zu (+7,9%), bei Strom weniger (+7,0%). Die Preise für feste Brennstoffe stiegen im Jahr 2021 um 2,4%, jene für Fernwärme um 1,2%. Die Instandhaltung von Wohnungen kostete insgesamt um 4,4% mehr. Für das dafür nötige Material zahlte man um 4,7% mehr. Die Mieten stiegen um 2,0%, nachdem sie im Jahr 2020 um 4,1% erhöht worden waren, so Statistik Austria.

Drittstärkster Preistreiber: Restaurants und Hotels

In Restaurants und Hotels wurden die Preise 2021 durchschnittlich um 3,4% angehoben. Hauptverantwortlich dafür waren teurere Bewirtungsdienstleistungen (+3,4%). Dieser Anstieg war in erster Linie auf die Gruppe "Restaurants, Cafés und dergleichen" zurückzuführen, die sich um 3,5% verteuerte. Hier stiegen sowohl der Wein im Restaurant (+4,6%) als auch das Schnitzel (+4,6%) und das vegetarische Gericht (+5,8%) überdurchschnittlich an. Die Preissteigerung der Kantinen hingegen entwickelte sich mit einem Anstieg von 1,8% vergleichsweise unauffällig.

Teuerung bei Nahrungsmitteln deutlich schwächer als 2020

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich 2021 durchschnittlich um 0,8% und damit deutlich schwächer als im Jahr 2020 (2,3%). Insbesondere bei Fleisch zeigten sich Unterschiede (+0,8%). Die Preise für Gemüse stiegen um 4,2%, jene für Brot und Getreideerzeugnisse um 1,0% sowie jene für Obst um 1,5%. Fisch hingegen kostete um 2,7% weniger. Milch, Käse und Eier insgesamt verbilligten sich um 0,4%. Die Preise für alkoholfreie Getränke stiegen um 0,5%.

Spezialindizes 2021: Preisindex des privaten Pkw-Verkehrs stieg am stärksten

Die Jahresveränderungsraten des Pkw-Index (+6,8%) und des Miniwarenkorb (+5,7%), der einen wöchentlichen Einkauf abbildet und neben Nahrungsmitteln auch Treibstoffe enthält, lagen nach Berechnungen von Statistik Austria massiv über der allgemeinen Inflationsrate des Jahres 2021 (+2,8%), die Jahresveränderungsrate des Mikrowarenkorbs (+2,6%) hingegen etwa gleichauf. Ausgaben für Tarife und Gebühren stiegen im Jahr 2021 nur wenig (+1,1%).

Teuerung laut harmonisiertem Verbraucherpreisindex im Jahr 2021 bei 2,8%

Die Inflationsrate des auf europäischer Ebene harmonisierten Verbraucherpreisindex fiel in Österreich mit 2,8% doppelt so hoch aus wie 2020 (1,4%). Sie war gleich hoch wie jene des VPI.

COVID-19 wirkte sich auf Berechnungen der jeweiligen Inflationsraten aus

Die unterschiedlich starken Einschränkungen des öffentlichen Lebens zur Eindämmung von COVID-19 wirkten sich entsprechend auf Berechnungen der jeweiligen Inflationsraten aus. In den verschiedenen Lockdown-Phasen konnte jeweils ein mehr oder weniger großer Teil der Preise nicht wie gewohnt erhoben werden. Unterschiedliche bewährte Methoden kamen zur Anwendung, um Erhebungsausfälle zu kompensieren beziehungsweise um deren Einfluss auf die Inflationsrate zu begrenzen. Erhebungsausfälle betrafen im Jahr 2021 7,5% des Warenkorbgewichts, im Jahr 2020 waren es 8,1% gewesen. (Schluss)

EU-Parlament: Keine Mehrheit für Begrenzung der Tiertransporte auf acht Stunden

Schmiedtbauer: Höchste Tierwohlstandards einhalten

Straßburg, 20. Jänner 2022 (aiz.info). - Eine strikte Begrenzung der Tiertransporte auf acht Stunden verfehlte die Mehrheit in der Abstimmung im Plenum des Europaparlaments. 308 Abgeordnete stimmten für eine generelle Begrenzung auf acht Stunden, 372 stimmten dagegen und 14 enthielten sich. Auch der Schutz der Kälber wurde etwas aufgeweicht, zumindest gegenüber dem Vorschlag aus dem Ausschuss des EU-Parlament für Tiertransporte. Immerhin will das Europaparlament Transporte für nicht abgesetzte Kälber im Alter bis 28 Tage verbieten. Lediglich Landwirte sollen die jungen Kälber noch im Umkreis von 50 km transportieren dürfen. Die Beförderung von hochträchtigen Kühen möchte das Europaparlament auf vier Stunden begrenzen.

Heftig hatten die EU-Abgeordneten vor der Abstimmung über zeitliche Transportbegrenzungen debattiert. Einige halten den Transport in gut ausgestatteten Fahrzeugen über längere Entfernungen für tierschutzgerecht. Andere lehnen Langstreckentransporte ab. "Wo Tiertransporte nicht zu vermeiden sind, müssen höchste Tierwohlstandards eingehalten werden. Einen Abfertigungs-Basar bei Tiertransporten, einen Unterbietungswettbewerb auf Kosten des Tierwohls, darf es nicht mehr geben", sagte **Simone Schmiedtbauer**, Agrarsprecherin und Vertreterin der ÖVP im Sonderausschuss für Tiertransporte im Europaparlament, zur heutigen Plenarabstimmung über die Empfehlungen des Sonderausschusses.

Unbedingt nötig sei, dass die bestehenden Regelungen in der gesamten EU umgesetzt, engmaschig kontrolliert und Verstöße sanktioniert werden. "Anstatt sich auf Transportzeiten zu versteifen, müssen die hohen EU-Tierwohlstandards tatsächlich flächendeckend sichergestellt werden. Das passiert bis dato nicht. Zudem müssen wir uns beim Tierwohl an Vorbildern orientieren, an sogenannten Best Practices. Das beginnt schon bei der Vorbereitung der Transporte und der Nutzung digitaler Lösungen, zum Beispiel zur Sicherstellung geeigneter Temperaturen entlang der Transportroute oder schlicht die Nutzung von Nippeltränken bei Kälbertransporten. Hier geht Österreich mit gutem Beispiel voran", so Schmiedtbauer.

"Jede zusätzliche Stunde bedeutet mehr Leid", betonte **Tilly Metz** von den Grünen aus Luxemburg, die den Ausschuss für Tiertransporte leitete. **Daniel Buda** von den Demokratisch Liberalen aus Rumänien machte auf die Schäden für Landwirte durch Transportverbote aufmerksam. Die Existenz zahlreicher Landwirte hänge davon ab, und die Empfänger bestünden auf lebende Tiere, erklärte der Berichterstatter zum Tiertransport. Aus Rumänien werden zahlreiche Rinder in die Türkei und in den Libanon ausgeführt. Alle EU-Abgeordneten waren sich aber einig, dass lokale Schlachthöfe gefördert werden müssen, um Tiertransporte zu vermindern.

Die EU-Kommission werde die Empfehlungen des Europaparlaments beachten, sagte EU-Gesundheitskommissarin **Stella Kyriakides** den EU-Abgeordneten zu. Schon in diesem Jahr sollen die Kontrollen ausgedehnt, Verstöße gegen die EU-Tiertransportrichtlinie besser erfasst und unter den EU-Mitgliedstaaten ausgetauscht werden. Für 2023 sagte Kyriakides eine Überarbeitung der EU-Tierschutzgesetzgebung zu. (Schluss) mö

Green-Deal-Folgenabschätzung von Wageningen University veröffentlicht

Erntemengen und bäuerliche Einkommen sinken

Wien, 20. Jänner 2022 (aiz.info). - Eine vollständige Folgenabschätzung zu den Zielen des Green Deals hat heute die Wageningen University and Research (WUR) veröffentlicht. Gemäß der Bewertung werde die Verwirklichung der beiden Strategien Farm to Fork und zur Förderung der Biodiversität in der gesamten EU zu einem Ernterückgang von durchschnittlich 10 bis 20% führen. Am stärksten betroffen seien die mehrjährigen Kulturen wie z.B. Äpfel, bei denen ein Rückgang von bis zu 30% droht. Das führe zu höheren Rohstoff- und Lebensmittel-Preise sowie die Importe in die EU und niedrigeren bäuerlichen Einkommen. Vor allem die Mais- und Rapsproduktion in der EU werde verstärkt durch Importe ersetzt. Die Preise werden um 13% über alle Erzeugnisse hinweg ansteigen, sollte der Einsatz von gefährlichen Pflanzenschutzmitteln in der EU bis 2030 halbiert und Düngemittel um 20% vermindert werden, fasst die Studie der Universität Wageningen zusammen.

Dabei sollen die Preise von Wein und Oliven mit der Verminderung der Agrarchemikalien besonders ansteigen, während die Auswirkungen auf die Weizenerzeugung in der EU gering sind. Die Wissenschaftler berechneten eine Verminderung der Weizenerzeugung um 7%, die einen Preisanstieg von 2% zur Folge haben soll. Auch für Zuckerrüben habe die Reduktion von Pflanzenschutz und Düngemitteln überschaubare Folgen. Kommt allerdings zur Verminderung der Betriebsmittel auch noch eine 10%ige Flächenstilllegung hinzu, wie in der Farm to Fork-Strategie gefordert, sind die Auswirkungen deutlicher. Für dieses Szenario hat die Studie eine Verminderung der Weizenerzeugung um 18% ergeben und einen Preisanstieg von 3%.

"Die Landwirte benötigen Zugang zu Digital- und Precision-Farming-Tools sowie innovativen Pflanzenschutzmitteln. Nur so können sie effizient wirtschaften, die Umwelt schonen und eine hohe Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln sicherstellen", erklärt **Christian Stockmar**, Obmann der IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP).

Industrie als Impulsgeber für agrarische Transformation

Die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln haben laut Stockmar die Herausforderungen durch den Green Deal angenommen. So würden die Unternehmen bis 2030 insgesamt 14 Mrd. Euro in die Forschung und Entwicklung von modernen und digitalen Technologien sowie biologischen Lösungen investieren. "Innovation ist der Schlüssel für eine zukunftsfitte Landwirtschaft. Beispielsweise konnten die ausgebrachten Wirkstoffmengen pro Hektar seit den 1950er-Jahren durch gesteigerte Effizienz, bessere Formulierungen und präzisere Ausbringungstechnik um 95% reduziert werden. Eine Weiterführung dieser Erfolgsgeschichte verlangt jedoch regulatorische Rahmenbedingungen, die eine hohe Innovationskraft ermöglichen", so Stockmar.

Die WUR-Studie mit dem Titel "Impact assessment of EC 2030 Green Deal Targets for sustainable crop production" wurde von CropLife Europe und CropLife International gemeinsam mit weiteren Organisationen der Lebensmittelkette beauftragt. Es wurden die potenziellen Auswirkungen von sechs Schlüsselzielen der Green-Deal-Strategien mit dem Fokus auf ausgewählten einjährigen (Weizen, Raps, Mais, Zuckerrüben und Tomaten) und mehrjährigen Kulturen (Äpfel, Oliven, Weintrauben, Zitrusfrüchte und Hopfen) bewertet. In der ersten Phase wurden mittels Fallstudien mögliche Folgen der einzelnen Ziele auf Betriebsebene untersucht, in der zweiten die Auswirkungen auf Makroebene. Die vollständige Studie kann auf aiz.info mit unten stehendem Artikel werden. (Schluss)

Österreichs Landwirte über Green Deal noch wenig informiert

Negative Auswirkungen befürchtet

Wien, 20. Jänner 2022 (aiz.info). - Österreichische Landwirte wissen noch wenig über die Ziele des von der EU geplanten Green Deals Bescheid, wie aus einer aktuellen KeyQUEST-Befragung hervorgeht. Jene Landwirte, die sich bereits mit dem Green Deal beschäftigt haben, begegnen den EU-Plänen mit einer großen Portion Skepsis. Befürchtet werden Einschränkungen die Produktion betreffend, sinkende landwirtschaftliche Einkommen und Wettbewerbsnachteile am internationalen Markt. "Alles in allem herrscht hinsichtlich Green Deal für die Landwirtschaft eine große Unsicherheit unter den Bauern. Und dies schlägt sich in der tendenziell negativen Erwartungshaltung nieder", erklärt Studienleiter und KeyQUEST-Geschäftsführer **Johannes Mayr**.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich rund die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebsführer noch gar nicht mit der Thematik beschäftigt hat: So haben 30% überhaupt noch nie vom Green Deal gehört, und weitere 20% kennen zwar den Begriff, sind aber "gar nicht informiert". Nur 5% aller Betriebsführer stufen sich als "gut oder sehr gut informiert" ein. Die restlichen 45% der Landwirte fallen in die Kategorien "etwas informiert" oder "schlecht informiert". Insgesamt konnten nur 50% der Befragten Aussagen zum Green Deal beziehungsweise dessen Zielsetzungen treffen. "Überrascht hat mich, dass gerade junge Landwirte über den Green Deal schlechter informiert sind als ihre älteren Berufskollegen", so Mayr.

Landwirte befürchten Einschränkungen in der Produktion

Auch inhaltlich werden die EU-Pläne für die Landwirtschaft eher skeptisch beurteilt. Gefragt nach den Auswirkungen des Green Deals auf die Landwirtschaft beziehungsweise den eigenen Betrieb, erwarten die Landwirte sowohl positive als auch negative Effekte. Positiv werden die Auswirkungen auf die Themen "Umweltverträglichkeit der Landwirtschaft" (49%), "Image der Landwirtschaft" (47%) und "Qualität der Lebensmittel" (41%) gesehen. Negative Auswirkungen befürchten die Landwirte hingegen bei den Punkten "Landwirtschaftliche Einkommen" (51%), "Produktivität in der Landwirtschaft" (50%) und "Internationale Wettbewerbsfähigkeit" (50%). Immerhin noch 36% fürchten um die Versorgungssicherheit im Land. Damit überwiegen die Befürchtungen.

Fragt man nach den Auswirkungen des Green Deals auf den eigenen Betrieb, scheinen die Landwirte etwas entspannter zu sein. 47% erwarten keinerlei Auswirkungen, 10% positive und 27% negative Effekte durch den Green Deal. Auf der Negativseite sehen diese 27% der Landwirte vor allem Erschwernisse und höhere Auflagen in der Produktion (36%) und teils damit verbunden eine geringere Produktivität und weniger Einkommen (16%). Die optimistischeren Landwirte hoffen primär, dass die Erschwernisse finanziell abgegolten werden. Vereinzelt erwarten sich die Optimisten laut Umfrage eine steigende Nachfrage nach Bio, steigende Wertschätzung ihrer Erzeugnisse und damit höhere Preise.

KeyQUEST beleuchtete das Wissen und die Einstellungen der Landwirte zum Green Deal in einer repräsentativen Telefonbefragung unter 505 Betriebsführern landwirtschaftlicher Höfe in Österreich im November vergangenen Jahres. (Schluss)

Bundesforste beziffern Klimawandelkosten 2021 mit rund 31,5 Mio. Euro

Wetterextreme und Borkenkäfer brachten erneut hohe Schadholzmenge

Wien/Purkersdorf, 20. Jänner 2022 (aiz.info). - Die Waldbilanz der Österreichischen Bundesforste (ÖBf) war auch 2021 von den Auswirkungen des Klimawandels geprägt. Mit 59% der gesamten Erntemenge beziehungsweise rund 1,1 Mio. Erntefestmetern (Efm) bleibt das Schadholz 2021 auf dem hohen Niveau der Vorjahre (2020: 1,4 Mio. Efm; 2019: 1,1 Mio. Efm). "Rund die Hälfte des Schadholzes war 2021 Käferholz, der Rest stammt von Schäden durch Stürme und Schneebruch", berichtet Bundesforste-Vorstand **Rudolf Freidhager**. Aufgrund der Mehrkosten für Käferprävention und Holzernte sowie Mindererlöse durch Schadholz rechnet das Unternehmen für 2021 mit Klimawandelkosten von rund 31,5 Mio. Euro. "Hinzu kommen Schäden an der Forstinfrastruktur von über 5 Mio. Euro, die Starkregenereignisse und Überschwemmungen im Sommer an Forststraßen, Brücken und Hangsicherungen verursachten", beschreibt **Georg Schöppl**, ÖBf-Vorstand für Immobilien und Finanzen, das Ausmaß der Auswirkungen.

"Trotz eines regional eher nassen Sommers mit vielen Starkregenereignissen liegt der durchschnittliche Jahresniederschlag in Österreich 10% unter dem langjährigen Mittel. Die anhaltende Trockenheit schwächt die Wälder und begünstigt Insekten wie den Borkenkäfer. Durch den Klimawandel breitet sich Österreichs größter Waldschädling bereits auch bis zur Waldgrenze auf

rund 2.000 m Seehöhe aus", so Freidhager. Die Schwerpunkte der Käferschäden verlagerten sich aus dem nördlichen Waldviertel in die Obersteiermark und das südliche Niederösterreich. Etwa 30% des Käferholzes mit in Summe rund 165.000 Efm fiel allein auf einer Fläche von rund 45.000 ha an. "Damit konzentrieren sich die meisten Käferschäden auf rund 9% der ÖBf-Waldfläche", so Freidhager.

In Kärnten mussten wegen des schwer zugänglichen Geländes von den Österreichischen Bundesforsten insgesamt 4.200 Festmeter (fm) Käferholz mit dem Hubschrauber ins Tal gebracht werden. Durch Schneebruch fielen laut dem Unternehmen etwa 210.000 fm an - davon mehr als die Hälfte in Oberösterreich. Stürme verursachten rund 270.000 fm Schadholz. Größere Windwurfmengen waren unter anderem in der Obersteiermark zu verzeichnen.

11 Mio. Euro für Waldpflege und klimafitte Wälder

Da nur vitale und gesunde Wälder mit dem Klimawandel zurechtkommen, wurden von den Österreichischen Bundesforsten 2021 zahlreiche Waldpflegemaßnahmen gesetzt. "Die Investitionen in die Waldpflege müssen fortgesetzt werden, um die Bestände klimafit zu machen und den Waldumbau voranzutreiben. 2021 flossen 11 Mio. Euro in die Waldpflege, davon allein rund 4 Mio. Euro in Käferprävention und -bekämpfung", so Schöppl. Hinzu kommen Aufwendungen von mehr als 5 Mio. Euro in den Erhalt der Schutzwälder über die gesetzlichen Vorgaben hinaus.

Waldstrategie 2100: Naturnahe und nachhaltige Waldbewirtschaftung

Wälder sind nicht nur selbst von der Klimakrise betroffen, sie sind auch Teil der Lösung im Kampf gegen die Erderwärmung. Die Bundesforste haben daher für jedes ihrer 120 Forstreviere in ganz Österreich neue Zukunftskonzepte erstellt und die Waldbewirtschaftung bis 2100 bereits an zukünftige Klimabedingungen angepasst, wird betont. (Schluss)

Steiermark reagiert auf Herausforderungen und Chancen im Agrarjahr 2022

Steigende Kosten, Herkunftskennzeichnung und Klimawandel sind Schwerpunkte

Graz, 20. Jänner 2022 (aiz.info). - In der Steiermark haben agrarische Spitzenvertreter die Herausforderungen und Perspektiven für die Landwirtschaft 2022 hervorgehoben. Neben den steigenden Kosten und der mangelnden Herkunftskennzeichnung für verarbeitete Lebensmittel zählen die Digitalisierung, der Klimawandel sowie der Bodenschutz zu den Schwerpunktthemen der Zukunft. Gleichzeitig werden Aktivitäten für die bäuerliche Jugend gesetzt und die Bäuerinnen in ihrer Rolle als Brückenbauerinnen zur Gesellschaft gestärkt.

"Eine der größten Herausforderungen in diesem Jahr sind die enormen Kostensteigerungen bei Treibstoffen um rund 25%, Futtermitteln um teilweise 80% und Düngemitteln um durchschnittlich 75%", fordert der steirische Agrar-Landesrat **Hans Seitinger** daher einen Schulterchluss zwischen Landwirtschaft, Handel und Konsumenten. Nur so könne die Versorgungssicherheit und Ernährungssouveränität der Steiermark erhalten werden. Diese Preisexplosionen seien für die Bauern wirtschaftlich nicht mehr tragbar.

Da die digitalen Anwendungsbereiche in der Land- und Forstwirtschaft beständig zunehmen, forciert die Steiermärkische Landesregierung den Breitbandausbau in den ländlichen Regionen und schafft damit die Grundlage für den Einsatz neuer Technologien, kündigt Seitinger an.

Nein zu "Grünwaschen" von Atomkraft

Landwirtschaftskammer (LK) Steiermark-Präsident **Franz Titschenbacher** streicht hervor, dass die Klimakrise nur durch erneuerbare Energie zu lösen sei und nicht durch "Grünwaschen" von Atomkraft oder durch Nutzungseinschränkungen und Außer-Nutzung-Stellung der Wälder. Allein der jährliche Holzzuwachs in der Steiermark speichere 8 Mio. t CO₂. "Unsere Bauern als Bioenergie-Pioniere versorgen jetzt schon 237.000 steirische Haushalte mit Wärme aus nachwachsender Biomasse sowie 70.000 Haushalte mit Ökostrom. Weiters könnten sie 5 Mio. m² an landwirtschaftlichen Dachflächen mit Photovoltaikanlagen ausstatten, doch dazu braucht es gemeinsame Lösungen beim Netzzugang", erklärt Titschenbacher. Großes Potenzial hätten intelligente Photovoltaik-Doppelnutzungen mit Spezialkulturen oder Geflügel, während derartige Anlagen auf besten Acker- und Grünlandflächen abzulehnen seien.

Titschenbacher mahnt auch die im Regierungsprogramm fixierte Herkunftskennzeichnung von verarbeiteten Lebensmitteln wie Wurst, Nudeln und Co. sowie in der Gemeinschaftsverpflegung ein. "Kein Bauer und kein Konsument kann nachvollziehen, warum der Gesundheitsminister bei diesem wichtigen Thema so lange zögert. In der derzeitigen Corona-Lage die schwer geschädigte Gastronomie zum Zankapfel zu erklären, ist ein falsches Spiel", verdeutlicht der LK Steiermark-Präsident.

Mit einem aktiven und intelligenten Boden- und Wasserschutz durch Blühflächen und Zwischenfrüchte sollen Humus vermehrt und die Wasserspeicherkapazität des Bodens erhöht werden. Ziel sei es, dass pro Starkregen jeder Quadratmeter Ackerboden um 10 Liter mehr Wasser speichert. Außerdem haben steirische Gemeinden höchstes Interesse an sogenannten Retentionsböden, um sich aufwendige und teure Hochwasserrückhaltebecken zu ersparen.

Den Jungen gehört die Zukunft

Im europäischen Jahr der Jugend wird die LK Steiermark auch besondere Aktivitäten für die bäuerliche Jugend setzen. Titschenbacher: "Wir werden zehn jungen Bäuerinnen und Bauern durch Praktika in den europäischen Institutionen die Möglichkeit eröffnen, Europa besser kennenzulernen." Darüber hinaus wird die Woche der Landwirtschaft ganz im Zeichen der bäuerlichen Jugend und ihren Innovationen stehen.

Frauenpower auf den Höfen

Schon mehr als ein Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe in der Steiermark werden von Frauen geführt, die als bäuerliche Unternehmerinnen eine wichtige Stellung auf den Höfen und im ländlichen Raum haben. "Vor allem die interessanten Erwerbskombinationen wie Direktvermarktung, Urlaub am Bauernhof oder Green Care bieten hervorragende Entfaltungsmöglichkeiten für Frauen am Land", unterstreicht Landesbäuerin **Viktoria Brandner**, die sich gleichzeitig für entsprechende Entlastungen in der Kinderbetreuung und Pflege ausspricht.

Unter dem Motto "Schule trifft Bauernhof" werden 500 steirische Bäuerinnen in fast allen Volksschulen des Bundeslandes die Klassenzimmer in einen "Bauernhof" umgestalten. Umgekehrt verwandeln immer mehr "Schule am Bauernhof"-Betriebe ihre Höfe in ein Klassenzimmer. "Wir starten heuer eine besondere Offensive und wollen dieses wertvolle Angebot von aktuell 80 auf etwa 100 Höfe erhöhen", so Brandner. (Schluss)

Russland: Prognose für Weizenexporte 2021/22 angehoben

Mehr Tempo wegen bevorstehender Quotierung

Moskau, 20. Jänner 2022 (aiz.info). - Das Moskauer Consulting- und Forschungszentrum für Agrarökonomie (Sovecon) hat die Ausfuhren von Weizen aus dem Land neulich auf rund 34,1 Mio. t im Wirtschaftsjahr 2021/22 geschätzt. Die vorangegangene Prognose wurde somit um 200.000 t angehoben, berichten die Landesmedien. Dabei wiesen die Sovecon-Experten auf beschleunigte Exporte von Weizen seit dem letzten Monat 2021 hin. So wurden im Dezember etwa 3,9 Mio. t davon an den Außenmärkten verkauft und damit die für diesen Monat höchste Menge seit 2017. Als Gründe für diese Entwicklung betrachtet die Forschungseinrichtung einerseits die höhere Wettbewerbsfähigkeit des russischen Weizens an den internationalen Märkten, andererseits aber die bevorstehende Quotierung der Ausfuhren auf 8 Mio. t für den Zeitraum Mitte Februar bis Ende Juni 2022. (Schluss) pom